IMT Nuremberg Archives

H – 3753

International Court of Justice

H3753 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 9 August 1948

I certify that Document Number 3314-PS was introduced into evidence as Exhibit Number GB-234 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3753 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3314-PS No. GB - 234 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 9 August 1948

H3753 - 0004

Exhibit No. GB 234

Nurnberg, 1st February, 1946.

I, KENNETH HUGH MOLESWORTH DUKE, Major, Royal Artillery,

a Member of the BRITISH WAR CRIMES EXECUTIVE (EUROPEAN SECTION),

certify that

Document No. 3314 PS

consisting of one photostat page, is a true copy of page 2 of

the Frankfurter Zeitung

of 29th August, 1932.

Kenneth Hugh Molesworth Duke

Major, R.A.

B039502

H3753 – 0005

Die Rede des Reichskanzlers.

ℳ Münster, 28. Aug. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins hielt heute Reichskanzler von Papen in Münster seine mit Spannung erwartete Rede über die wirtschaftspolitischen Pläne der Reichsregierung. Der Reichskanzler sprach in der dichtgedrängten Versammlung in der Stadthalle von Münster und in einer ebenfalls überfüllten Parallelversammlung im Stadttheater. Die Rede — die auch über die deutschen Sender lief — wurde durch Rundfunkübertragung in Ehren Zeichen der starken persönlichen Beziehungen des Reichskanzlers zu dieser Bauernschaft ist natürlich die Tatsache, daß seine Familie an der heutigen Versammlung teilnahm. Aber auch ein politisches Motiv läßt sich für die Wahl von Ort und Gremium für diese Rede vermuten. Im Gegensatz zu manchen anderen Bauernorganisationen hat nach Auffassung Unterrichteter der Westfälische Bauernverein bei aller Betonung seines überparteilichen und berufsständischen Charakters politisch eine ziemlich eindeutige Einstellung, die man als dem rechten Flügel des Zentrums entsprechend bezeichnen könnte. Reden der persönlichen Sympathie und der weitgehenden sachlichen Uebereinstimmung, mit der der Reichskanzler in diesem Kreise dabei von vornherein rechnen konnte, war ihm vielleicht auch diese mittelbare Fühlung zu Zentrumskreisen erwünscht, um so mehr als er den in der kommenden Woche in Essen stattfindenden Katholikentag nicht besuchen wird. Das Fernbleiben Papens vom Katholikentag, über das schon seit langem widersprechende Gerüchte umliefen, ist offenbar ein Kompromiß des Berliner Zentralkomitees des Katholikentages, das auch Brüning veranlaßt haben soll fernzubleiben, weil man einen erneuten Rivalitätskampf dieser beiden Kanzler um die Volkstümlichkeit auf diesem Boden vermeiden wollte.

Der Rede des Reichskanzlers ging die Eröffnungsansprache des Vereinsvorsitzenden Diedrichmann voraus, die stark einseitige agrarpolitische Interessenforderungen enthielt. Die Ausführungen Papens fachten gegen die Rede stark ab, und seine Betonung der Gesamtinteressen schien die Versammlung nach dem vorher Gehörten zu enttäuschen. Beifall, der zeitweise stürmischer war, fanden dagegen seine einfachen Formulierungen, die Forderung nach Staatsautorität, wenngleich auch gegen und ohne das Parlament, nach Gottesglauben, Beibehaltung der Privatwirtschaft, Verwaltungsreform und namentlich der wiederholt betonte Wille der Reichsregierung zur Aktivität. Dagegen hatten seine zum Teil scharfen Worte gegen Hitler und die Bezeichnung der Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten als „Kulissenspiel", bei dem die eine Partei die andere vernichten wolle, nicht die gleiche Resonanz wie die erwähnten anderen Teile seiner Rede. Der Reichskanzler, der verhältnismäßig leise sprach, auch wenn er — was wiederholt geschah — seine Worte offensichtlich mit aller Kraft prägte, führte etwa folgendes aus:

Sie haben mich hierher berufen als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Die Aufgabe der Regierung beschränkt sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit. Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die Einzelaufgaben der Gegenwart eingehe, einige Worte über die Grundsätze einer neuen Staatsführung sagen.

„Weder revolutionär noch reaktionär."

Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre, und wir sind nicht reaktionär. Wir fühlen uns innerlich gebunden an Scholle und an Heimat. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge dieser Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder einer von Gott gegebenen Ordnung sind. Das nenne ich konservative Gesinnung. Eine solche Gesinnung beruht im Glauben an Gott. Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen. Denn aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Der konservative Mensch unterwirft sich gläubig den bleibenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in der Familie, im Volk und im Staate gegeben sind. Kultur und Wirtschaft heben in gleichem Maße unter dem einigen Gesetz der Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinnutz dienen.

Kolleg über den Rechtsstaat.

Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität gegründet ist. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnung in der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt gewinnen kann. Sie darf kein Spielball sein für die Kräfte der Gesellschaft, weder für Parteien noch für Interessentengruppen, und jeder Schritt, den wir in der Richtung einer wahrhaft unabhängig dem Dienst des ganzen Volkes gewidmeten Staatsführung tun können, ist eine Erfüllung des Ideals einer Staatsführung, die auf Autorität und auf Gerechtigkeit beruht (Beifall). Diese Grundsätze christlich-konservativer Gesinnung müssen klar herausgestellt werden, weil sie heute auf das schärfste bekämpft sind.

Den Urteilen in Chlau und Beuthen ist von rechts und von links ein Sturm gegenüber der gleichmäßigen Handhabung des Rechts gelegt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampfe soll Vorsicht und Rache erlaubt, soll der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird; denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht.

„Ich — nicht Hitler"

Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreußische Grundsatz gefloßt ist: „Jedem das Seine." Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet. Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregierung stürmischer Beifall. Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild zu behandeln.

Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Ordnung in der Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit zahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.

Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historische Verdienste um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußtem schroffem Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Hader deutschen Blutes, der uns in den entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und um die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die anläßlich der Urteile in Chlau und Beuthen sich erheben, müßte man es fast glauben. Ich greife den Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preußische Staatsregierung wird sie unbeirrt von politischen Anwürfen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich: Die Anerkennung des gleichen Rechtes, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich mitzuerzwingen wissen.

Ich bin fest entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhen und politischer Gewaltakten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die einzige Aufgabe des Staates liegt.

Keine Autarkie, aber Regelung der Einfuhr.

Damit komme ich zu den praktischen Tagesfragen. Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Boden ist, auf dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Mitteln helfen, doch einseitige Hilfe nützt wenig.

Landwirtschaft und Industrie müssen an der Solidarität verbunden. Ihre Fragen sind nicht ausschließlich von der Seite der Einnahmen oder der Ausgaben der zu lösen. Ihr Schicksal ist vielmehr mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden,

und nur von einer Belebung unserer gesamten Wirtschaft her kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen. Die Reichsregierung hat es schon oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten kann und jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden. Sie beruhen nur auf der Herstellung der Rentabilität. Die Interessen unserer Ausfuhr und unseres Binnenmarkts werden gewiß nur mit gewissen Schwierigkeiten in Uebereinstimmung zu bringen sein. Ich kann aber versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren mahnenden Regelung der Einfuhr bekannt und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat. (Beifall.) Für die Zwangslage, aus der heraus diese Maßnahme ergriffen werden müssen, werden Inland und Ausland Verständnis haben.

Angesichts der furchtbaren Arbeitslosigkeit müssen wir den Versuch machen und ihn sofort machen, daß Steuer grundsätzlich herumwerfen (Beifall). Wenn wir den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundsätzen tun.

Keine Währungsexperimente.

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark, wir wegen keine ausgeklügelten Experimente machen, nach denen, wie der Reichsbankpräsident kürzlich sagte, Deutschland zunächst durch eine Reichsbankpräsident kürzlich sagte, Deutschland zunächst durch eine Elendsstraße hindurch müßte, der weitere Millionen von Menschen zum Opfer fallen würden. Getreu den Grundsätzen konservativer Staatsführung nehmen wir die Verhältnisse, wie sie heute sind, um durch ein organisches Programm die in unserem Wirtschaftsleben noch lebendigen Kräfte neu zu stärken.

Stärkung der Privatinitiative.

Die wesentlichste dieser Kräfte ist die persönliche private Initiative. Die Stärkung der persönlichen Energie und die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit, die Steigerung des Gefühls der eigenen Verantwortung — das sind die geistigen Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft imstande sein muß, die menschlichen Bedürfnisse, vielleicht besser als jedes andere Wirtschaftssystem, das uns empfohlen wird, zu befriedigen. Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Es gilt, der privaten Initiative wieder Vertrauen zur Zukunft einzuflößen. Schien bisher doch jeder Versuch, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, unnütz, weil jede wirtschaftliche Besserung doch nur in das Danaidenfaß der Reparationen floß. Aber heute ist dieser Druck endlich von uns genommen. Ueberall im Auslande, namentlich in Amerika — wie schon Präsident Hoover kürzlich ausführte — hat das Ergebnis der Konferenz von Lausanne Hoffnung und neues Leben hervorgerufen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß wir uns daran erinnerten, daß seit der Konferenz von Lausanne wieder die Früchte unserer Arbeit uns selbst zufallen. Damit ist die erste Voraussetzung für die Belebung der wirtschaftlichen Initiative gegeben.

Kein Staatskapitalismus.

Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht etwa durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verschüttet wird. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteil an Unternehmungen genommen hat, wird nun baldigst privaten Unternehmungen genommen hat, wird nun baldigst privaten Unternehmungen geschaffen werden, und daß dafür gesorgt wird, daß diese Verhältnisse geschaffen werden, und daß dafür gesorgt wird, daß diese Unternehmungen nicht mehr die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit ernten können. Für diese Unternehmungen wird daher eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingesetzt. Ich habe bereits angekündigt, daß die Gehälter in diesen Betrieben auf das Maß dessen herabgesetzt werden, was einem staatlichen Unternehmen entspricht (Beifall).

Nun zu den Maßnahmen selbst, welche die Regierung dem Herrn Reichspräsidenten in wenigen Tagen vorschlagen wird.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Notstandsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sind schon im Gange, z. B. auf dem Gebiete des Straßenbaus, der Wasserwirtschaft, der landwirtschaftlichen Meliorationen und der Hausreparatur. Insgesamt sind für diese Zwecke bisher 135 Millionen bereitgestellt. Die Reichsregierung hat beschlossen, auch andere Arbeitsgebiete mit Notstandsarbeiten zu versorgen. Sie handelt dabei vollkommen

im Einvernehmen mit der Reichsbank.

Der freiwillige Arbeitsdienst, dem zur Zeit etwa 200 000 Jugendliche angehören, möchte von selbst, ein Beweis für die werbende Kraft, die ihm innewohnt. Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, des Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Hier ist besonders daran gedacht, den Bau von Eigenheimen durch Mobilisierung der in der freien Wirtschaft noch vorhandenen Kreditmöglichkeiten zu fördern.

Die Krisenwende naht.

Dennoch sind wir uns vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenvermindерung zu erreichen.

Die Regierung ist daher entschlossen, in großem Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften zu gelangen.

Das kann aber nur geschehen, wenn die Hilfe nicht von einer Seite her, etwa von der Industrie oder von der Landwirtschaft allein, versucht wird, sondern wenn überall gleichzeitig geholfen wird. Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Ursachen darauf hindeuten, daß das letzte Stück des Weges, der uns zum tiefsten Punkte der Krise führte, von dem auch der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist. In einem solchen Zeitpunkt ist es berechtigt, weitgreifende Maßnahmen vorzunehmen, als es in einem früheren Zeitpunkt der Krise möglich gewesen wäre. In dem gegenwärtigen, sehr vorgeschrittenen und wohl nicht allzu weit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Kräftegung in einem tatsächlichen Aufschwung der Wirtschaft zu lenken.

Der aufgestaute Ersatzbedarf.

Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zumindest einmal instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht. Wir haben in den letzten Jahren Geld für die nötigen Reparaturen nicht aufwenden können; wir haben nur von der Hand in den Mund gelebt und leben können. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen aufgestaut, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Versäumnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig auch der erste Schritt der Neubelebung: Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich, und es werden gerade die mittleren und kleineren Betriebe, deren ureigenste Domäne die Belebung durch derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen.

Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozeß in größerem Umfange zu beleben. Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Er wird sich auf eine Summe von mehr als 2 Milliarden Mark belaufen,

und zwar über diejenige Summe hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind. Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und über seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht etwa um eine Belastung der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zum Teil nicht für Arbeitszwecke ausgenutzten Liquidität auf den hierfür schon jetzt gegebenen Wegen handelt. Den Gedanken, diesen Betrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt würde, einfach nicht aufbringen können. Das würde auch meiner Regierungserklärung widersprechen, keine neuen Lasten mehr zu bringen. Staatsdelten beabsichtigen wir folgenden Weg zu beschreiten.

Die Finanzierung der zwei Milliarden.

Es sollen für Teile einiger besonders produktionsfördernder Steuern, wie beispielsweise die Umsatzsteuer, die Realsteuern, Grundsteuer, Gewerbesteuer, auch die Beförderungssteuer — ubrigens ohne jede Beeinträchtigung der Etats der Länder und der Gemeinden — die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 fällig sind und gestundet werden. Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen

Betrag von etwa 1½ Milliarden

handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also dem Charakter eines Darlehns des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu beleihen. Sie werden daher eine Unterlage für die Notmahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Arbeiten für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzufügen; und das ist ja das Maßgebende!

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen

Betrag von weiteren 700 Millionen

in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr berechnet, ein Betrag von 400 Mark in Anrechnungsscheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1¾ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen, vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten (lebhafte Zustimmung).

Unterschreitung des Tariflohns als Zweck.

Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeitslosigkeit angefaßt wird. Es wird deshalb dem Arbeitgeber gleichzeitig die Möglichkeit gegeben werden, durch eine Verteilung der Arbeit durch Verteilung ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung ein Anreiz zur Streck

H3753-0005A

3314-PS

GB-234

H3753 – 0006

INTERNATIONAL MILITARY TRIBU[illegible]

3314 PS

H-3753

G. B. EXHIBIT

GB 234

B 039501

GB a 234
Filed Jan. 23, 1946
IMT Nuremberg

G. B. EXHIBIT